

Deutschland: Schüler zeigt christliche Schule wegen Transphobie an

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen drei Lehrkräfte, die an einer evangelikalen Schule offenbar aus Hass einen trans-Schüler drangsaliert haben sollen. Nun werden Konsequenzen für die staatlich alimentierte Schule gefordert.

Nach offenbar transphobem Mobbing an einer evangelikalen Bremer Schule werden Forderungen laut, die staatliche Steuerfinanzierung von minderheitenfeindlichen Privatschulen zu streichen. "Während sich grosse Teile der Zivilgesellschaft, Lehrer*innen und Erzieher*innen an staatlichen Schulen mit grossem Einsatz bemühen, die Diskriminierung von queeren Menschen zu verhindern und den Boden zu entziehen, wirken evangelikale Einrichtungen wie Superspreeder bei der Verbreitung von Hass und Verachtung gegen anders Liebende", beklagte etwa das Forum Säkulares Bremen, eine Organisation von Laizistinnen und Laizisten, die die Trennung von Kirche und Staat fordern.



Da die Grundfinanzierung der beschuldigten Freien Evangelischen Bekenntnisschule Bremen (FEBB) aus Steuermitteln der Bildungsbehörde stamme, forderte die Organisation das Bremer Landesparlament und Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD) auf, "die Finanzierung dieser Schule umgehend einzustellen".

Das Forum beklagte weiter, dass bei der Gründung der Schule besonders radikale evangelische Gemeinden beteiligt gewesen seien. Hierzu gehörten die Matthäus-, die Hohentors-, und die Martinigemeinde. Letztere wird von Pastor Olaf Latzel geführt, der kürzlich nach LGBTI-feindlichen Äusserungen wegen Volksverhetzung angeklagt wurde. Latzel hatte bei einem Seminar CSD-Besucher als "Verbrecher" diffamiert und "gelebte Homosexualität" als "vor Gott ein Gräuel" und "todeswürdig" bezeichnet – trotzdem darf er bis dato weiterpredigen.

Opfer leidet noch nach fünf Jahren unter dem Mobbing

Am Wochenende hatte ein "taz"-Bericht die Situation an der FEBB ans Licht gebracht: Demnach habe ein ehemaliger Schüler Anzeige gestellt, der vor fünf Jahren wegen seiner Transsexualität von Lehrer*innen, Mitschüler*innen und Eltern gemobbt worden sein soll. Das Mobbing-Opfer leide demnach heute noch an der Tortur.

Die Bremer Staatsanwaltschaft hat am Montag gegenüber Medien bestätigt, dass sie gegen Lehrkräfte der Bekenntnisschule wegen Mobbings ermittle. "Insgesamt gibt es drei Beschuldigte", so Behördensprecher Frank Passade. Er verriet nur, dass ein mutmassliches Opfer Anzeige gestellt habe, verriet aber keine weiteren Details.

Die Schule ist sich unterdessen keiner Schuld bewusst: "Erste interne Überprüfungen des Sachverhalts aus den Jahren 2015 und 2016 haben bislang keine Anhaltspunkte ergeben, dass diese Vorwürfe so zutreffen könnten", erklärte Geschäftsführerin Hanna Trayser. "In die Ermittlungsverfahren sind wir bisher nicht einbezogen. Wir werden diese aber selbstverständlich vollumfänglich unterstützen."

Vorgängiger Bericht vom 14.9.2020

Evangelische Einrichtungen in Bremen haben offenbar massive Homo- und Transphobie-Probleme: Nach dem angeklagten Hass-Pastor Olaf Latzel sorgt jetzt eine Bekenntnisschule für Schlagzeilen – die Polizei ermittelt.

In Bremen gibt es erneut einen Fall von evangelisch-christlicher LGBTI-Feindlichkeit: Wie die "taz" berichtet, ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Misshandlung Schutzbefohlener gegen die Freie Evangelische Bekenntnisschule Bremen (FEBB), weil diese 2015 einen trans Schüler nach seinem Coming-out ohne Unterlass gemobbt haben soll, so dass der Mann noch heute unter seelischen Problemen leidet. "Diese Schule hat meine Zukunft zerstört", so das Opfer, dem eine Uni-Psychologin bescheinigte, von der Schule traumatisiert worden zu sein. Er habe Jahre gebraucht, mit dem Erlebten fertig zu werden, und erst jetzt die Kraft gehabt, seine Peiniger anzuzeigen.

Der junge Mann berichtet von Psychoterror seitens der Lehrer*innen, nachdem er sich geoutet hatte. So sei er nicht mit seinem männlichen Namen und entsprechenden Personalpronomen angesprochen worden. Ihm seien sogar Fehler berechnet worden, wenn er in Klausuren diesen Namen niederschrieb. Lehrer*innen hätten ausserdem Freunde des Jungen öffentlich befragt, wie sie mit ihm als Transsexuellen befreundet sein könnten. Hinter seinem Rücken hätten sich Eltern und Lehrer*innen in spirituellen Runden getroffen, um für seine "Heilung" – und gegen den "Dämon", der von ihm Besitz ergriffen habe – zu beten. Der trans Schüler soll auch unter einem Vorwand zu Gesprächen eingeladen worden sein und habe sich dann "Heilungs"-Gebete anhören müssen.

Warb Schule für Konversionstherapien?

Laut dem Ex-Schüler soll die Schule damals auch für "Konversionstherapien" geworben haben. Das kann nach einem Beschluss des Bundestages vom Mai diesen Jahres inzwischen bestraft werden.

Die Schule weist hingegen jegliche Vorwürfe zurück. "Für uns als Schule spielt die sexuelle Orientierung unserer Schüler*innen keine Rolle", heisst es in einem Schreiben. Natürlich begegne man auch "transsexuellen Schüler*innen" stets mit "Respekt, Toleranz und Nächstenliebe."

CSD-Veranstalter*innen sammeln Diskriminierungserfahrungen

Anlässlich des Vorfalls bittet der örtliche CSD-Verein, dass sich Betroffene wegen Diskriminierungserfahrungen an Bremer Schulen melden sollen: "Wir suchen Erfahrungen von (aktuellen und ehemaligen) Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulleiter*innen, Klassenkamerad*innen, Eltern, Verwandten, Freunden und allgemein allen Menschen, die persönlich von Diskriminierungen an der Freien Evangelischen Bekenntnisschule (FEBB) oder anderen Bremer Schulen erfahren haben. Die entweder selbst betroffen sind, es waren oder es bei anderen erlebt haben", heisst es darin.

Auch in der Politik zeigte man sich schockiert über den Vorfall. "Religiöse Haltung darf kein Deckmantel für die seelische Misshandlung von Homo- oder Transsexuellen sein", erklärte etwa Miriam Strunge, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, die gemeinsam mit SPD und Grünen regiert. "Von der FEBB erwarte ich, dass sie die lückenlose Aufklärung der Vorfälle unterstützt und bei sich an der Schule einen Kulturwandel hin zur Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt einleitet." An keiner Schule im Land Bremen – egal ob öffentlich oder privat – dulde die Landesregierung Diskriminierung. "Die Regierungsfractionen haben daher im Haushalt beschlossen, in allen Regionen Bremens und in Bremerhaven Antidiskriminierungsbeauftragte für die Schulen zu schaffen. Diese Stellen müssen nun zügig eingerichtet werden", so Strunge.

Die evangelikal geprägte FEBB wird von einem eingetragenen Verein betrieben und ist staatlich anerkannt – sie wird also stattlich mit Steuergeldern aller Bürger*innen ausgestattet, somit auch von Nichtgläubigen.

Bereits in den letzten Monaten hatte ein Homo- und Transphobieskandal innerhalb der Bremischen Landeskirche (BEK) für Schlagzeilen gesorgt: Pastor Olaf Latzel wurde wegen Volksverhetzung angeklagt, weil er CSD-Besucher als "Verbrecher" diffamiert und "gelebte Homosexualität" als "vor Gott ein Gräuel" und "todeswürdig" bezeichnet hatte. Trotzdem darf er derzeit weiterpredigen, als wäre nichts geschehen.

queer.de / 14.9.2020